

## **A.                            Leitantrag an den 12. Landesparteitag**

### **A.1.                         DIE LINKE 2015 – wo wir stehen und worauf wir aufbauen können**

#### **ÄA.1.6.                    Änderungsantrag zum Leitantrag – Komplette Ersetzung**

Einreicher:                Andreas W.

---

Ersetze den Leitantrag A.1 komplett mit folgendem Text:

---

#### **1    Linke Politik handlungs- und mehrheitsfähig machen!**

2    In der Rückschau haben wir es im „Zyklus“ 2013/15 mit keinen guten Jahren für linke Politik in Sachsen  
3    zu tun. DIE LINKE verlor auch bei den Landtagswahlen 2014 Stimmen und Prozente – allerdings im  
4    Durchschnitt aller Bundesländer, so dass hieraus keine Rückschlüsse für den sächsischen Weg möglich  
5    sind. Gleichzeitig setzte sich eine Rechtsverschiebung des politischen Diskurses fort, der sich im Einzug  
6    der AfD in den Sächsischen Landtag, in der Pegida-Bewegung und den rechts-gelenkten Protesten vor  
7    Flüchtlingsheimen (z.B. in Freital) widerspiegelt. Weiter wurde der LINKEN eine hohe Kompetenz in Fra-  
8    gen der Sozial- und Bildungspolitik zugewiesen, während das in sie gesetzte Vertrauen in Wirtschaftsfr-  
9    agen weiterhin sehr gering ist.

10

#### **11   **I. Grundlegendes****

#### **12    **1. Zu den Rahmenbedingungen linker Politik****

#### **13    **1.1. Akzente der Arbeit der LINKEN Sachsen 2014/15****

14    In den letzten Monaten übten sich viele Mitglieder der LINKEN vor allem in internationaler Solidarität. Mit  
15    großer Anteilnahme und solidarischer Unterstützung verfolgten viele LINKE den Kampf der griechischen  
16    Links-Regierung gegen die Erpresserpolitik von EU-Institutionen und Bundesregierung. Mit besonderer  
17    Empörung verfolgten sie, wie die Troika und die Exportnationen Europas der griechischen Bevölkerung  
18    einen Kurs aufdrückten, der von einer Fortsetzung der Austeritätspolitik, Einschnitten in die Daseinsvor-  
19    sorge und dem (geplanten) Ausverkauf des Landes gekennzeichnet sind. Diese internationale Solidarität  
20    gegen Spardiktate und neoliberale Politik setzen wir fort.

21    Des Weiteren unterstützten Mitglieder der LINKEN die Proteste gegen das geplante neoliberale TTIP-  
22    Abkommen, Streiks (Amazon, Kita-Streiks) und Proteste gegen die PEGIDA-Bewegung. Derartige Aktionen  
23    wollen wir weiter unterstützen. DIE LINKE. Sachsen betrachtet diese Aktionen zugleich als zarte Pflänz-  
24    chen der Wiederbelebung linken Alltagsbewusstseins.

25    In der Binnensicht legten wir als DIE LINKE mit der Debatte zur Wahlauswertung, zur Strategiedebatte  
26    und in der „Linken Woche der Zukunft“ wichtige Grundlagen für die (Neu-) Aufstellung der LINKEN. Unser  
27    Ziel bleibt langfristig die Etablierung einer anderen Gesellschaft als einer Art „Dritter Weg“ jenseits von  
28    weltumspannendem Kapitalismus und Staatssozialismus, bei der „die Freiheit des einzelnen die Bedin-  
29    gung der Freiheit aller ist.“

## 30 **1.2. Erfurter Programm und aktuelles Papier von Kipping/Riexinger<sup>1</sup>**

31 Eine wichtige Grundlage für alle Strategien unserer Partei bildet das Erfurter Programm. DIE LIN-  
32 KE.Sachsen bekennt sich zu den im Erfurter Programm genannten Zielen und programmatischen Grund-  
33 ideen. Sie möchte diese Ziele und Grundideen, in Landes- und Bundespolitik übersetzen.

34 Gleichsam möchte sie das Manifest „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“, das von Kip-  
35 ping/Riexinger vorgelegt wurde, in aktuelle Politik für den Bund und das Land „gießen“. Dieses Papier  
36 schlägt in Anlehnung an die u.a. von Brie/Klein/Brie (weiter) entwickelte Transformationstheorie für die  
37 kommende Demokratie und den Einstieg in den Ausstieg aus dem Krisenkapitalismus sind die folgenden  
38 aufgeführten Politikfelder und Einstiegspfade vor:

- 39 1. Kürzer, gerecht verteilt, kollektiv selbstbestimmt - Die Arbeit der Zukunft dreht sich um das Leben
  - 40 2. Unser Plan B beginnt mit Wirtschaftsdemokratie und sozial-ökologischer (Energie-) ende
  - 41 3. Eine Offensive fürs Öffentliche - auf dem Weg zu einem Infrastruktur-Sozialismus
  - 42 4. Eine neue Commune - für die Demokratisierung der Kommunen und das Recht auf Stadt
  - 43 5. Europa braucht eine demokratische Revolution
- 44 Gleichzeitig wollen wir die Anti-Prekarisierungskampagne des Bundesvorstands verstärken und umsetzen.

45

## 46 **II. Aspekte der Wahlauswertung**

### 47 **1. Einschätzungen des Wahlergebnisses**

48 Die Landtagswahl am 31. August 2014 war für DIE LINKE.Sachsen wenig erfolgreich. Immerhin konnte  
49 sie ihren Platz als stärkste Oppositionsführerin behalten. Die Ablösung der CDU durch ein wie auch im-  
50 mer geartetes „rot-rot-grünes Bündnis“ gelang nicht.

51 Sie verlor rund 4,7 Prozent der Stimmen gegenüber der Wahl von 2009 und absolut zwei Sitze im Sächsi-  
52 schen Landtag. Zwar konnte sie das Direktmandat im Wahlkreis Leipzig 2 erstmals erringen, musste da-  
53 für aber jedoch die zuletzt 2004 und 2009 gewonnenen Wahlkreise Leipzig 3 und Chemnitz 4 abgeben.  
54 Die 2004 errungenen Wahlkreise Leipzig 5 und Hoyerswerda (WK 55) konnten bereits 2009 nicht mehr  
55 verteidigt werden.

56 **Laut der Wahlanalyse von Hoff/Kahrs hatte DIE LINKE.Sachsen im Wahlkampf „kein Strategie-**  
57 **oder Persönlichkeitsproblem,**

58 **sondern ist konfrontiert mit**

59 **- generell absinkender Mobilisierungsfähigkeit der Partei in Ostdeutschland**

60 **- landespolitischen Rahmenbedingungen, die mit dominierender CDU und ohne Wechselstim-**  
61 **mung einerseits sowie konfrontiert mit erfolgreichen rechtspopulistischen Protestparteien (AfD**  
62 **und NPD) andererseits ein Wachstum bei Wahlen äußerst erschweren**

63 **- im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern ungenügenden Möglichkeiten, ihre politische**  
64 **Gestaltungsfähigkeit in der Landesregierung oder auf kommunaler Ebene durch Landrätinnen**

---

<sup>1</sup> Erfurter Programm der Linken, Manifest Kipping/Riexinger, „Die kommende Demokratie: Sozialismus 2.0“ und DIE LINKE. Sachsen, Landesvorstand, B 4 – 314, 1. Entwurf des Leitantes an den 12. Landesparteitag der LINKEN Sachsen, S. 3f. und 5-7.

65 **und Landräte (vgl. Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen) oder Oberbürgermeister/-innen**  
66 **größerer Städte wie Schwerin oder Eisenach zu verdeutlichen.“<sup>2</sup>**

67 Unter diesen Bedingungen sei das Ergebnis als ein „achtbares Ergebnis“ bei Beachtung aller bestehenden  
68 strukturellen Probleme zu bewerten.

69 Während DIE LINKE.Sachsen innerhalb des linken Spektrums (SPD Saldo Null bei je 16.000 Wählerstim-  
70 mengewinn und -stimmenverlust, Grüne +6.000) und aus der Konkursmasse der FDP (+5.000) an Stim-  
71 men gewonnen hatte, gab sie an die AfD (-15.000 Stimmen) und wie andere Parteien auch an die Nicht-  
72 wähler (-13.000) ab. Hinzu kommt, dass DIE LINKE.Sachsen überdurchschnittlich von dem Verlust ver-  
73 storbenen Wähler (Verhältnis verstorbener Wähler- zu Erstwähleranteilen 27 % zu 14 %). Weiter gilt, dass  
74 die Partei Probleme bei der „Binnenmigration“ hat – während die fortgezogenen Wähler die Partei unge-  
75 fähr im Durchschnitt trafen, lagen die Stimmenanteile der Partei unter den Zugezogenen Wählern, die  
76 sich erstmals an einer Landtagswahl beteiligten, deutlich unter dem Durchschnitt.

77 **„All diese Bewegungen deuten daraufhin, dass der größere Teil der Stammwählerschaft mit der**  
78 **Partei alt geworden ist und mittlerweile nahezu vollständig das Rentenalter erreicht hat.“<sup>3</sup>**

79 Die Bewertung der Landtagswahlergebnisse führte und führt innerhalb des Landesverbandes zu Kontro-  
80 versen, die bisher nicht aufgelöst wurden. Ein Teil der Partei (Liebknecht-Kreis usw.) forderte, das sys-  
81 temoppositionelle Profil der Partei ebenso zu schärfen wie die Oppositionsrolle an sich ernst zu nehmen  
82 und die Auseinandersetzung mit anderen Parteien (SPD, Grüne) zu verschärfen, statt von Rot-Rot-Grün zu  
83 träumen.

84 Dagegen spricht, dass es zumindest richtig war, wenigstens den Versuch zu unternehmen, die CDU-  
85 Dominanz durch einen rot-rot-grünen Gegenentwurf zu brechen. Zwar demonstrierte die Partei ihre Be-  
86 reitschaft zum politischen Wechsel und lud SPD und Grüne dazu ein, sich an einem solchen Wechsel zu  
87 beteiligen. Dennoch wurde spätestens seit Annäherungsversuchen der sächsischen SPD an die CDU da-  
88 rauf hingewiesen, dass nur die Wahl der LINKEN eine Garantie dafür sei, dass die herrschende CDU abge-  
89 löst werde, da die anderen Parteien letztlich nur um die Rolle der Juniorpartnerschaft der Union konkur-  
90 rierten.

91 Gegen die These, einen härteren oder systemoppositionellen Wahlkampf zu führen, spricht die Tatsache,  
92 dass sich die wirtschaftlichen Daten und die Grundstimmung Sachsens gegenüber den Vorjahren deutlich  
93 verbessert haben. Die wirtschaftlichen Wachstumszahlen haben sich verbessert, rund drei Viertel der  
94 Wählerinnen und Wähler bezeichneten ihre persönliche wirtschaftliche Lage und die des Freistaats als  
95 gut, und die regionale Einkommensarmutsquote liegt – mit Ausnahme Leipzigs – unter der der anderen  
96 ostdeutschen Länder. Dagegen einen fundamentalistischen Wahlkampf zu führen, ist schlicht unvernünf-  
97 tig. Ein Sachsen in den trübsten Farben zu malen, was selbst die eigenen Anhänger nicht einmal glau-  
98 ben, ist wenig sinnvoll.

99 Es war daher richtig, keinen frontalen Oppositionswahlkampf zu führen. Gegen einen systemoppositionel-  
100 len Wahlkampf, der die Oppositionsrolle und die Idee des Sozialismus stärker in den Mittelpunkt rückt,  
101 spricht etwa, dass der Abstrom der Wählerstimmen der LINKEN an das rechte, bürgerliche Lager größer  
102 war als die Umverteilung der Stimmen innerhalb des linken Lagers.

103 Was im Durchschnitt gilt, muss aber nicht für jeden Einzelfall gelten. Freilich ist es auffallend, dass die  
104 AfD auch sozial unzufriedene Wähler bindet und binden kann und auch von den LINKEN Protestwähler  
105 gewinnt. Es kann aber kein Ziel der LINKEN sein, mit der AfD in einen Wettlauf darum einzutreten, wer die  
106 „extremistischste“ und systemoppositionellste Partei ist, sondern es geht darum, soziale Unzufriedenheit  
107 aufzugreifen, zu vertreten und in Lösungsansätze „zu übersetzen“.

---

<sup>2</sup> Vgl. Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs: Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 – Wahlnachtbericht und Update der ersten Analyse von Horst Kahrs, S. 6.

<sup>3</sup> Vgl. Horst Kahrs: Nach den Landtagswahlen 2014: »Degrowth« bei der Linken. Ausgewählte empirische Antworten auf die Frage: Wo steht Die Linke?, September 2014, S. 21.

108 Dass es innerhalb der Wählerstimmen der LINKEN auch eher rechte, chauvinistische Einstellungen gibt  
109 und gab, ist bekannt. Dass diesen Wählern kaum Konzessionen gemacht werden können, ist klar, da viele  
110 andere Wählerinnen und Wähler die Partei gerade wegen ihrer aufklärerischen, antifaschistischen Position  
111 wählen. Allenfalls kann der Partei nur eine vorsichtige Sprache bei Themen wie Asyl, Aufnahme von  
112 Flüchtlingen usw. empfohlen werden, aber kein Rütteln an den Grundfesten ihrer Position gegenüber  
113 Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

## 114 **2. Folgerungen aus dem Wahlergebnis**

115 Aus der Tatsache heraus, dass drei Viertel der Sachsen ihre persönliche wirtschaftliche Lage und die des  
116 Freistaats als gut bewerten, kann kein Wechsel der Strategie der LINKEN. Sachsen zu einer fundamenta-  
117 listischen Oppositionsstrategie empfohlen werden. Sondern es geht darum, als Partei der sozialen Frage  
118 nach Mehrheiten für ein großes Mitte-Links-Bündnis soziale Unzufriedenheit mit einzubringen und zu arti-  
119 kulieren, die aber immer Aspekte der Alternativen und der Lösung mit berücksichtigt. In einen Wettlauf  
120 mit der AfD um die radikalste Partei zu treten, ist sicher nicht zu empfehlen, ebenso ist – bei allem Ver-  
121 ständnis für soziale Unzufriedenheit – zu Pegida- und Legida-Bewegungen und anderen menschenfeindli-  
122 chen Bewegungen ein klarer Trennstrich zu ziehen.

123 Wichtig ist vielmehr, Probleme der jungen Menschen und Angehörige der mittleren Generation aufzu-  
124 nehmen und zu artikulieren, ebenso in den Landkreisen bei Kommunalwahlen charismatische Kandida-  
125 ten, die bewegen und Stimmen gewinnen können, zu suchen, zu gewinnen und mittel- und langfristig  
126 aufzubauen. Dies müssen nicht immer typisch linke KandidatInnen sein, sondern können und sollten auch  
127 Leute sein, die vormals parteilos waren oder eher in das Schisma freier Wählergemeinschaften passen  
128 könnten.

129 Diese Suche nach Kandidaten des jüngeren und mittleren Alters sollte nicht blind erfolgen, sondern sich  
130 jenseits der realen Problemlagen der Arbeitswelt und des sozialen Lebens- und Wirtschaftsstandortes  
131 bewegen. Dies ist eine unserer Schlussfolgerungen aus einer Erkenntnis aus einer Analyse von *Horst*  
132 *Kahrs*, der im Hinblick auf die Landtagswahlen 2014 postulierte:

133 **„Der Rückhalt bei den »Jüngeren« ist dagegen deutlich unterdurchschnittlich, wobei hierunter**  
134 **bereits alle unter 45jährigen zählen. Damit einher geht die relative Schwäche bei den Berufstätigen.**  
135

136 **Die Linke droht“, so *Kahrs*, „den Anschluss an die Arbeitswelt, an die dort stattfindenden Umwäl-**  
137 **zungen der Produktivkräfte (Stichworte Digitalisierung und Industrie 4.0), an den Alltag und das**  
138 **Alltagsbewusstsein ‚normaler‘ Berufstätiger, zu verpassen.**

139 **Zur Lebenswelt zählt vor allem auch die Einbettung des Berufslebens in familiäre und nachbar-**  
140 **schaftliche Zusammenhänge, der finanzielle und moralische Druck, der auf Familien übertragen**  
141 **wird – Kinderbetreuung, Bildung, entsprechende Ausgaben, Erwartungen an die Lebensführung**  
142 **usw.“<sup>4</sup>**

143 Ebenso ist in Anlehnung an *Kahrs* darauf zu achten, dass wir in Zukunft stärker an den gesellschaftlichen  
144 und sozialen Bruchstellen vorkommen, und zwar in einer Sprache des Alltagsverständes, dem es auf Ar-  
145 beit und Einkommen, Gesundheit, Wohnen, »Familie« und Anerkennung ankommt. Wir müssen erkennen,  
146 dass „das zentrale Problem der Zukunft der Linken“ „die Verbindung zu den Lebens- und Erfahrungswel-  
147 ten der Jüngeren [also der Unter-45-Jährigen]“ ist.

148 Auf Kreis- (wie auf Landesebene) ist eine Strategie zur Schwerpunktsetzung notwendig, die Problemlagen  
149 des sozialen Standorts, des Lebensstandorts und des Wirtschaftsstandorts – soweit mit ansatzweise  
150 kompatibel mit linker Problematik - auf Kreis- und Landesebene identifiziert, „hineinpower“ und dafür  
151 (mehrheitsfähige) Lösungen erarbeitet.

---

<sup>4</sup> Vgl. Horst Kahrs: Nach den Landtagswahlen 2014: »Degrowth« bei der Linken. Ausgewählte empirische Antworten auf die Frage: Wo steht Die Linke?, September 2014, S. 3.

152 Der Herrschaft der CDU im Freistaat liegt eine Art „kulturelle Hegemonie“ der CDU in Sachsen zugrunde,  
153 die vom „Sachsen-Mythos“, Vorstellungen von Heimat und Volk, einer ursprünglichen Anti-Berlin-Haltung,  
154 einer Dominanz des CDU-Apparates bis auf die Ortsebene und eine Art natürlicher Regierungskompetenz  
155 und Kompetenz in Wirtschaftsfragen der CDU bis hin zur Skepsis gegenüber Einflüssen fremder Kulturen  
156 zugrunde liegen. Hier möchte DIE LINKE schrittweise Einstellungen hinterfragen und ändern, muss aber  
157 auch versuchen, teils an vorhandene Einstellungen und an vorhandenes Bewusstsein heranrücken und  
158 gleichzeitig vermeintliche CDU-Stärken und –Alleinstellungsmerkmale hinterfragen und zu brechen ver-  
159 suchen.

160 Das Ziel muss die Erringung anderer Mitte-Links-Mehrheiten sein. Mitte-Links deshalb, weil es das zö-  
161 gernde und zaudernde, auch skeptische Verhalten einer Mitte der Gesellschaft im Hinblick auf ihre Ver-  
162 änderung anknüpfen oder diese zumindest berücksichtigen muss. Ein Mitte-Links-Bündnis aufzubauen, ist  
163 für uns mehr als die Summe aus LINKEN, SPD und Grünen. Es geht darum, die außerparlamentarische  
164 Arbeit zu verstärken, mit Bewegungen und Vereinen zusammenzuarbeiten und in diese hereinzugehen,  
165 und mittel- und langfristig ein Mitte-Links-Lager aufzubauen. Dies verlangt die Aufgabe einer teils vorhan-  
166 denen sektierischen Selbstbezogenheit der LINKEN ebenso wie die Aufgabe von Vorbehalten uns gegen-  
167 über von unseren potentiellen Partnern. Potentielle Partner müssen immer konkret gesucht und gefunden  
168 werden.

169 Wir werden in Zukunft auch ein Stück weit die SPD ersetzen müssen, da die SPD durch ihre CDU-  
170 Regierungsbeteiligungen teils als linker Partner ausfällt, teils aber auch von sich aus sozialdemokratische  
171 Politik aufgegeben hat. Die Rolle der SPD durch lebensweltliche Antworten im Diesseits mit zu überneh-  
172 men und auszufüllen, darf nicht als Sozialdemokratismus oder dem Vorwurf, wir würden eine „SPD 2.0“  
173 werden wollen, denunziert werden.

174 Ziel ist die Schaffung eines Mitte-links-Veränderungsbündnisses wie einst in Italien der „Olivenbaum“.  
175 Deshalb sollten wir nicht nur mit anderen Bewegungen, Personen und Vereinen zusammenarbeiten, son-  
176 dern in Zukunft auch (wieder) unsere Listen für lebensweltliche verankerte und anerkannte Personen  
177 öffnen. Da DIE LINKE hier auch stückweise die SPD ersetzen muss, muss DIE LINKE auch an Mitte ge-  
178 winnen und die gesellschaftliche Mitte an links andocken.

179 **Mitte-Links-Mehrheiten und Gestaltungsmehrheiten wachsen nicht von „oben“, sondern wenn**  
180 **überhaupt von „unten“, aus den Kommunen.** Deshalb möchten wir tatkräftig unsere Oberbürgermeis-  
181 ter von Borna und Flöha unterstützen, mit ihnen in lebensweltlichen Fragen lernen, ihre Bekanntheit auch  
182 in anderen benachbarten Kommunen nutzen. Deshalb war es per se richtig, die Kreistagswahlen zu Mitte-  
183 Links-Bündnissen zu nutzen – obwohl die Frage bleibt, ob dies schon im ersten Wahlgang sein muss. Und  
184 deshalb ist es wichtig, in den Verwaltungen, bei Beigeordnetenwahlen mit vorzeigbaren Leuten vertreten  
185 zu sein, von diesen zu lernen und in die Gesellschaft zu kommunizieren und aus dieser Problemlagen  
186 aufzunehmen.

### 187 **3. Schlussfolgerungen für den Handlungsrahmen unserer Politik in Sachsen und im Bund**

188 (1) Sachsen ist in den letzten zwei Jahren nach rechts gerückt. Dafür stehen der Neueinzug der AfD in  
189 den Sächsischen Landtag ebenso wie das Erstarken der PEGIDA-Bewegung und der fremdenfeindliche  
190 Protest vor den Flüchtlingsheimen.

191 Wir werden die Ursachenanalyse für diese Rechtsverschiebung weiter fortsetzen. Gleichzeitig werden wir  
192 weiter unzweideutig (friedlich!) gegen rassistische Bewegungen kämpfen und uns weiter für eine humane  
193 Flüchtlingspolitik in Sachsen einsetzen.

194 (2) Trotz der Fragmentierung der Bevölkerung finden wir in weiten Gegenden Sachsens weiterhin Unzu-  
195 friedenheit und soziale Ängste vor. Wir werden weiterhin gegen Sozialabbau protestieren, soziale Ängste  
196 aufnehmen, ohne menschenfeindliche Ressentiments zu bedienen, und in eine soziale Interessenvertre-  
197 tung wie in die Erarbeitung von Lösungen „gießen“.

198 (3) Hinzu kommen diffuse Abstiegsängste der Mittelschicht. Diese gilt es ernst zu nehmen, weil durch  
199 diese Ängste droht, dass der Trend in Sachsen nach ganz rechts geht, ohne Statusprivilegien das Wort zu

200 reden. Eingedenk der Tatsache, dass ohne die Mitte keine gesellschaftlichen Mehrheiten gewonnen wer-  
201 den können, denken wir über Lösungen nach, die sowohl die Interessen „unterer“ als auch „mittlerer“  
202 Bevölkerungsschichten entgegenkommen. **Ziel bleibt für uns die Schaffung eines gesellschaftlichen**  
203 **Mitte-Unten-Bündnisses im Rahmen einer Mitte-Links-Perspektive, für Sachsen und den Bund.**  
204 Dazu wollen wir die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links und Handlungsspielräume für linke  
205 Politik erweitern.

206 (4) Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die sozialistische Idee 1989/90 einen schweren Schlag er-  
207 halten hat – trotz der Tatsache, dass der Staatssozialismus linke Ideen teils pervertierte. Entsprechend  
208 sehen und suchen wir Anknüpfungspunkte an die Schaffung zarter Ansätze linken Bewusstseins, wie er  
209 sich in der Griechenland-Solidarität und den Amazon- und Kita-Streiks ausdrückt. Gleichzeitig sehen wir,  
210 dass das Gegenteil – hartes rechtes Gedankengut – noch stärker im Vormarsch ist, wie es sich im Grie-  
211 chenland-Bashing und der Pegida-Bewegung zeigt.

212

### 213 **III. Handlungsorientierung**

#### 214 **1. Ziele**

215 (1) Die GenossInnen beteiligten sich intensiv an der Erarbeitung des Erfurter Programms. Weitere Mög-  
216 lichkeiten zu seiner Aneignung gibt es immer; dennoch erklären wir, um weiterem Sektierertum zu beu-  
217 gen, dass die Diskussion um das Programm erst einmal „durch“ und „erledigt“ ist, sondern wir unser  
218 Hauptaugenmerk in praktischer Politik sehen. Das heißt nicht, dass wir uns nicht gegen Beliebigkeit im  
219 Umgang mit Programmatik, aber auch gegen die orthodoxe Uminterpretation der beschlossenen Pro-  
220 gramminhalte zur Wehr setzen.

221 (2) Um den Verlust an Wählerstimmen und Mitgliedern auszugleichen, wollen wir unsere außerparlamen-  
222 tarische Präsenz ausbauen. Es geht darum, noch mehr, besser, zielgerichteter und vorbereiteter im öf-  
223 fentlichen Raum sichtbar vertreten zu sein, dies gilt selbstverständlich auch für Fraktionen. Diese Präsenz  
224 wollen wir möglichst an Schwerpunkten und Projekten ausgerichtet erreichen, um neue Wähler und Mit-  
225 glieder zu gewinnen.

226 (3) Wir orientieren uns strategisch daran, in Sachsen ein Mitte-Links-Projekt zu etablieren (möglichst aus  
227 DIE LINKE, SPD und Grünen mit Unterstützung von Gewerkschaften und anderen Bewegungen), auch  
228 wenn wir uns vorerst mit unserer Arbeit unsere Alleinstellungsmerkmale und Kompetenzen „aufpolieren“  
229 wollen. Die Diskussion, *ob* wir für die Übernahme in einem Links-Mitte-Bündnis sind, wird in der LINKEN  
230 weitgehend bejaht. Offen ist noch die Frage, *wie* ein solches Bündnis zustande kommen soll – welche  
231 substantiellen Kompromisse dafür eingegangen (nicht eingegangen) werden können und welche Voraus-  
232 setzungen dafür geschaffen werden sollen. Eingedenk der Tatsache, dass die SPD eine Lebensab-  
233 schnittsgemeinschaft mit der CDU eingegangen ist, füllen wir derzeit die Oppositionsrolle möglichst gut  
234 aus.

#### 235 **2. Aufgaben der Binnenorientierung**

236 Wir haben zur Kenntnis genommen, dass unsere Handlungs- und Aktionsfähigkeit abgenommen hat,  
237 durch Tod, zurückgehende gesellschaftliche Verankerung und Rückgang der Wählerstimmen. Das muss  
238 sich ändern.

239 Für die folgenden zwei Jahre nehmen wir uns als Partei DIE LINKE.Sachsen Folgendes vor:

240 (1) Jeder Kreisverband/Ortsverband erarbeitet eine Stärken-/Schwächen-Analyse und benennt drei bis  
241 vier (kommunalpolitische, regionale) Schwerpunkte seiner politischen Arbeit, die er sogleich kommunal-  
242 politisch und regional umsetzt.

243 (2) Der Landesverband erarbeitet eine Stärken-/Schwächen-Analyse und benennt drei bis vier (bundes-  
244 und landespolitische) Schwerpunkte seiner politischen Arbeit, die er sogleich bundes- und landespolitisch  
245 umsetzt. Ziel sind insbesondere strategische Themen, in die wir richtig „hineinbrettern“ können.

246 (3) Entsprechend erarbeiten und überarbeiten die Verbände auf ein bis zwei Seiten jährlich ein Kurz-  
247 Leitbild für die regionale/kommunale/landespolitische Ebene, als eine Art Novellierung des Kommunal-  
248 wahl-/Landesprogramms.

249 (4) Jede Ebene sucht sich sogleich drei bis vier Vereine heraus, in denen wir eine verstärkt Präsenz zei-  
250 gen, um die Verankerung/ Kontakte/ neue Mitglieder zu gewinnen.

251 (5) Insbesondere sind ständige, sich wiederholende abgehobene Theoriedebatten zu minimieren, soweit  
252 es sich nicht um neue Fragen oder Rahmenbedingungen handelt. die die politische Arbeit lähmen. Der  
253 programmatische Stand unserer Positionen ist ausgefochten, ein Zwischenstand ist hergestellt, entspre-  
254 chend ist die Substanz vorhandener Gemeinsamkeiten stabil und muss nicht jedes Mal neu ausgekämpft  
255 werden.

### 256 **3. Politische Aufgaben und Projekte**

#### 257 **3.1. Internationale Solidarität<sup>5</sup>**

258 ■ Fortgang der europäischen Integration: Nach dem Wahlsieg von Syriza und möglichen weiteren Links-  
259 entwicklungen in Südeuropa spitzt sich die Frage immer mehr zu: Wird die destruktive Verarmungspolitik  
260 fortgesetzt, oder gelingt es, die Politik in Richtung »Solidarunion« zu verschieben? DIE LINKE muss die  
261 richtige Balance finden zwischen lautstarker Kritik an den unsozialen und undemokratischen Formen der  
262 EU in ihrer heutigen Verfassung und der Formulierung konkreter Alternativen, um die EU progressiv zu  
263 verändern.

264 ■ Internationale Handelspolitik - Ablehnung von TTIP: Das transatlantische Handels- und Investitionsab-  
265 kommen TTIP ist ein wichtiges Projekt, um neoliberal geprägte Internationalisierungsprozesse voranzu-  
266 bringen. Dagegen hat sich breiter Widerstand entwickelt. DIE LINKE muss ihn unterstützen und Vorschlä-  
267 ge einbringen, wie eine an sozialen, umweltpolitischen und demokratischen Standards orientierte Globa-  
268 lisierung aussehen könnte.

269 ■ De-Eskalation - Entspannung - Neue Europäische Friedensordnung: Mit der bis vor Kurzem nicht mehr  
270 für möglich gehaltenen Konfrontation zwischen »dem Westen« und Russland wächst die Gefahr militäri-  
271 scher Eskalation. Die ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten sind schon heute erheblich, und der  
272 Weg zum 1990 postulierten gemeinsamen Haus Europa rückt in immer weitere Ferne. DIE LINKE muss  
273 Vorschläge präsentieren, wie man - neben der unmittelbaren Einhegung des Ukraine-Konflikts - zu einer  
274 neuen europäischen Friedensordnung gelangen könnte.

#### 275 **3.2. Sozialpolitik als „roter Faden“<sup>6</sup>**

276 Die Sozialpolitik ist ein „roter Faden“, der sich bei uns durch sämtliche Programme und Beschlüsse der  
277 Partei durchzieht.

278 ■ Gute Löhne: Zu allererst kämpfen wir als DIE LINKE.Sachsen für gute Löhne. Wir waren als Partei die  
279 erste, die einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn überhaupt forderte. Heute kämpfen wir für  
280 einen armutsfesten Mindestlohn, was die 8,50 Euro bekanntlich nicht sind; und gegen zahlreiche Aus-  
281 nahmeregelungen. Entsprechend erklären wir uns mit Kita- und Lehrer-Streiks solidarisch.

282 ■ Hartz IV: DIE LINKE bleibt die einzige im Bundestag und im Sächsischen Landtag vertretene Partei, die  
283 den Hartz-IV-Regelungen von Anfang an Widerstand entgegengebracht und diesen Kurs bis zum heutigen  
284 Tag weiter fortsetzt. Hartz IV bleibt Armut per Gesetz ist, muss DIE LINKE sich auch künftig dafür einset-  
285 zen, dass Hartz IV durch eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung und eine aktive arbeitsmarktpoli-  
286 tische Förderung, insbesondere für Langzeitarbeitslose, ersetzt wird. So lange es dafür keine Mehrheiten  
287 gibt, können Initiativen zur Linderung der schlimmsten Auswirkungen von Hartz IV hilfreich sein, ohne

---

<sup>5</sup> Alexander Recht, Paul Schäfer, Axel Troost, Alban Werner: Aprilthesen. Wo wir stehen und was getan werden sollte, aus Sozialismus 4/2015.

<sup>6</sup> Dietmar Pellmann/Susanne Schaper, "Herausforderung Alleinstellungsmerkmale".

288 dass sie aber unsere Generallinie zur Rückabwicklungen der entsprechenden Regelungen ersetzen kön-  
289 nen.

290 ■ Gute Rente: DIE LINKE kämpft weiter für mehr Rentengerechtigkeit und die Abwendung von Altersar-  
291 mut zu kommen. Wir wollen den Einstieg in das Renteneintrittsalter 67 wieder rückgängig machen wol-  
292 len. Ebenso wollen wir die Überschüsse in der gesetzlichen Rentenversicherung in einer Demografiere-  
293 serve anlegen, anstatt die Beiträge zu senken oder eine eigentlich aus Steuermitteln zu bestreitende Müt-  
294 terrente aus der Rentenkasse zu finanzieren. Wir treten für die Herstellung der deutschen Renteneinheit  
295 ein und erweisen uns hier als konsequenteste Vertreterin ostdeutscher Interessen.

296 ■ Gesundheitswesen: Schon vor 15 Jahren hat DIE LINKE im Sächsischen Landtag vor drohendem Pfl-  
297 egenotstand und Ärztemangel gewarnt. Unsere damaligen Vorschläge wurden ignoriert oder zurückgewie-  
298 sen. Auch als die SPD von 2004 bis 2009 in der Staatsregierung vertreten war, hat sich daran kaum et-  
299 was geändert, so dass viel Zeit ungenutzt verstrichen ist und unsere damaligen Vorschläge bis heute viel  
300 zu zögerlich aufgegriffen werden.

301 Ähnlich ist es bei der Zukunftsgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung. Auch hier liegt ein Kon-  
302 zept der LINKEN seit langem vor. Wir halten hier an unserem Konzept einer solidarischen Bürgerversiche-  
303 rung fest, in die alle (z.B. auch Selbständige und Politiker) einzahlen. Unser Eintritt für eine solidarische  
304 Bürgerversicherung erscheint eingedenk der Tatsache, dass SPD und Grüne davon sukzessive wieder  
305 abrücken, als eines unserer attraktivsten Alleinstellungsmerkmale, an dem wir weiter festhalten. Eine  
306 entsprechende gesetzliche Krankenversicherung ist neu zu gestalten. Die private Krankenversicherung  
307 muss an Bedeutung verlieren oder gar ganz abgeschafft werden.<sup>7</sup>

308 ■ Prekarisierung: Der Bundesvorstand hat eine Prekarisierungskampagne vorgelegt, „Das muss drin  
309 sein“. Wir als DIE LINKE.Sachsen unterstützen dieses Projekt aus vollem Herzen und wollen es weiter  
310 untersetzen/weiter führen. Von Arbeit muss man Leben können! Es ist ein Skandal, dass viele Menschen  
311 trotz Arbeit Aufstockerleistungen in Anspruch nehmen müssen und dass Andere, die arbeiten wollen,  
312 unterhalb der Armutsgrenze leben müssen. Insbesondere möchten wir prekäre Beschäftigungs-  
313 verhältnisse zurückdrängen. Der Hartz-IV-Ansatz ist gescheitert und soll jetzt noch auf Griechenland aus-  
314 gedehnt werden. Bei den Auswirkungen und Kosten der notwendigen Energiewende muss verhindert  
315 werden, dass insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen oder auf Sozialleistungen Angewiesene  
316 überdurchschnittlich belastet werden.

317 ■ Politik für eine „Mitte“ der Gesellschaft: Wir wollen Erreichtes sichern und gegen das Wegkippen durch  
318 die „neoliberale“ Welle vor der Zerstörung bewahren, ohne ungerechtfertigten Privilegien das Wort zu  
319 reden. Wir streiten gegen die Auflösung von sozialen (Lebenssicherungs-) Standards und gegen Renten-  
320 kürzungen der Mitte, gegen zu hohe Kommunalabgaben und für Ansätze zur Sicherung des regionalen  
321 Lebens- und Wirtschaftsstandorts. Unternehmer, die noch das Soziale der sozialen Marktwirtschaft be-  
322 herzigen, sind bei uns willkommen.

### 323 **3.3. Der Prekarisierung der Lebensverhältnisse entgegenwirken<sup>8</sup>**

324 Mit der Kampagne "Das muss drin sein" hat sich DIE LINKE viel vorgenommen: prekäre Arbeits- und Le-  
325 bensbedingungen sollen thematisiert und bekämpft werden.

326 Ein Drittel der Bevölkerung wird in prekäre, d.h. unsichere und unplanbare Arbeits- und Lebensverhältnis-  
327 se gedrängt. Für Viele ist das inzwischen ganz normal geworden: mit dem Lohn nicht über die Runden zu  
328 kommen, auch weil Miete, Energieversorgung und das Leben insgesamt immer teurer werden. Wer neu  
329 ins Berufsleben einsteigt, landet in Schleifen befristeter Verträge oder in Werkverträgen ohne Sozialversi-  
330 cherung. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit und in Minijobs, während andere unter Über-  
331 stunden und Dauerstress leiden.

---

<sup>7</sup> Dietmar Pellmann/Susanne Schaper, "Herausforderung Alleinstellungsmerkmale".

<sup>8</sup> DIE LINKE. Sachsen, Landesvorstand, B 4 – 314, 1. Entwurf des Leitantes an den 12. Landesparteitag der LIN-  
KEN Sachsen, S. 5-6.



332 Wer sich un- oder unterbezahlt um Kinder, Kranke oder pflegebedürftige Menschen kümmert, gerät  
333 schnell an die Belastungsgrenzen. Viele aus leidvoller Erfahrung die Folgen des politisch erzeugten Kos-  
334 tendrucks und Personalmangels in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. In einem reichen Land wer-  
335 den immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt, ihnen wird der gleiche Zugang zu  
336 guter Arbeit, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung versperrt. Besonderer Druck trifft auch  
337 Erwerbslose, Menschen mit Behinderungen und Flüchtlinge.

338 Das prekäre Leben hat viele Gesichter - gemeinsam haben viele Menschen, dass der Alltag immer mehr  
339 zu einer Zumutung wird und sich die Zukunft immer weniger planen lässt! Es sind die persönlichen Erfah-  
340 rungen vieler Menschen, aber es ist ein gesellschaftliches Problem: Prekarität ist längst fester Bestandteil  
341 des flexiblen Kapitalismus geworden. Wenn die Bundesregierung vom deutschen Erfolgsmodell spricht,  
342 dann sind damit auch prekäre Jobs und die unsoziale Kürzungspolitik gemeint!

343 Als linke Partei laden wir Alle ein, gemeinsam Druck zu machen für das, was in einem reichen Land  
344 selbstverständlich sein sollte:

345 ■ Befristung und Leiharbeit stoppen: Viele, vor allem junge Menschen hangeln sich von einem befristeten  
346 Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse,  
347 mit denen alle ihre Zukunft planen können.

348 ■ Existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV: Es muss Schluss sein damit, dass  
349 Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen eine soziale  
350 Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.

351 ■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst: Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teil-  
352 zeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit  
353 umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.

354 ■ Wohnung und Energie bezahlbar machen: Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mieten, Sanie-  
355 rungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstädten drin  
356 sein.

357 ■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit: Eine gute öffentliche Daseinsvorsorge für Kinder,  
358 Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den Be-  
359 schäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung.

### 360 **3.4. Neue Ideen für Morgen<sup>9</sup>**

361 Wir denken weiter über Ideen für Morgen nach. Dies betrifft insbesondere Fragen der Produktionsweise  
362 und -verhältnisse und Fragen des Umbaus der Arbeitswelt und der Arbeitszeitverkürzung vor dem Hin-  
363 tergrund der Digitalisierung der Gesellschaft („Industrie 2.0“).

364 DIE LINKE als Partei einer sozialistischen Marktwirtschaft steht für ein sozial und ökologisch verträgliches  
365 Wachstum und möchte die soziale und ökologische Verantwortung der Wirtschaft fördern. Horrende Ma-  
366 nagergehälter und Boni sind unserem Leitbild von Wirtschaft fremd. Wir orientieren uns dagegen am Prin-  
367 zip einer sozialistischen Leistungsgesellschaft: „Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Lei-  
368 stungen“.

369 ■ Re-Industrialisierung auf digitaler Basis: DIE LINKE muss eine Politik einfordern, mit der der Trend zur  
370 De-Industrialisierung in Europa umgekehrt wird und der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Wert-  
371 schöpfung auf hochtechnologischer Basis (etwa Industrie 4.0) wieder steigt. Gewiss wird Technik im Ka-  
372 pitalismus zuweilen missbraucht und deformiert, aber im Ganzen ist Technik eher Teil der Lösung als Teil  
373 des Problems. Wir brauchen technischen Fortschritt, der Lebensqualität erhöht und Probleme löst.

---

<sup>9</sup> Alexander Recht, Paul Schäfer, Axel Troost, Alban Werner: Aprilthesen. Wo wir stehen und was getan werden sollte, aus Sozialismus 4/2015; A.W., DIE LINKE 2020 – Projekt für eine neue soziale Idee in einer digitalisierten Gesell- schaft.

374 ■ Technologiewandel und Veränderungen der Arbeitswelt: Technologischer Fortschritt und ökonomischer  
375 Strukturwandel haben zu neuen Formen der Arbeitsorganisation geführt. In dieser Entwicklung steckt  
376 nicht nur Potenzial zu Entfremdung und Druck, sondern auch zu mehr Freiheit und Selbstbestimmung.  
377 Hier müssen wir als DIE LINKE.Sachsen dringend ein Angebot erarbeiten, um die neuen Potenziale der  
378 Menschen für eine emanzipatorische Politik aufzunehmen und ihre veränderten Lebensläufe sozialpoli-  
379 tisch gerecht abzusichern.

380 ■ Wirtschaftsförderung: DIE LINKE.Sachsen fordert, die Wirtschaftsförderung verstärkt an soziale und  
381 ökologische Bedingungen zu koppeln (Mindestlohn, Begrenzung der Leiharbeit). Betriebsvermögen sollen  
382 (auch verfassungsrechtlich) steuerlich besser gestellt werden als Privatvermögen. Die Genehmigungs-  
383 und Verwaltungspraxis wird beschleunigt und entbürokratisiert. Die Bildung von Technologie- und Unter-  
384 nehmensgründungszentren wird, soweit sie nicht bereits bestehen, gefördert. Die Wirtschaftsförderung  
385 wird vor allem auf Branchen ausgerichtet, in denen die Wissenschaft Zukunftsmärkte, Umsatzpotentiale  
386 und Arbeitsplatzchancen ermittelt hat.

387 ■ Wissensgesellschaft und Unternehmensgründungen: Unsere Hoffnungen für die „Zukunft Ost“ ruhen  
388 nicht in weiteren großen Unternehmensansiedlungen, sondern in der digitalen Wirtschaft 2.0. Insbeson-  
389 dere sollen innovative Unternehmensgrün- dungen (auch aus der Wissenschaft) gefördert werden, z.B. mit  
390 Beteiligung- und Wagniskapital, aber auch Lotsen- und Gründerzentren.

391 Wir wollen Maßnahmen diskutieren, der Entstehung eines Wissensprekariats entgegenzuwirken; auch in  
392 der digitalisierten Gesellschaft 2.0 muss es faire Arbeitsverträge zu fairen Arbeitsbedingungen und Löh-  
393 nen geben!

394 ■ Ökologischer Wandel der Industriegesellschaft und Energiewende: Der ökologische Wandel der Indust-  
395 riesegesellschaft, der von uns angestrebt wird, ist für uns mehr als die Steigerung der Energieeffizienz. Wir  
396 streiten weiter für den beschleunigten schrittweisen Ausstieg aus der Atom- und Kohlewirtschaft, die  
397 Förderung der erneuerbaren Energien und den dazu benötigten Ausbau der Stromtrassen. Dazu sollen die  
398 Erforschung von Energie- und Umwelttechnologien weiter gefördert werden. Die Landesenergieagenturen  
399 sollen weitere Beschäftigte erhalten und weitere Standbeine auf der kommunalen und regionalen Ebene  
400 erhalten. DIE LINKE betrachtet Stadtwerke in öffentlicher Hand als Voraussetzung für eine dezentrale  
401 Energieversorgung nach sozialen und ökologischen Kriterien. Gleichzeitig sympathisiert sie mit den Men-  
402 schen, die alltägliche Konsummuster kritisch hinterfragen.

### 403 **3.5. Asyl und Integration**<sup>10</sup>

404 Deutschland benötigt vor dem Hintergrund der Überalterung der Bevölkerung und des Fachkräftemangels  
405 Zuwanderung. Integrationspolitik heißt für uns vor allem, alles für die Verbesserung der Sprachkenntnisse  
406 sowie die Gesundheitsversorgung der Migranten sowie ihre soziale und politische Teilhabe zu sorgen.  
407 Asylverfahren sind zeitlich zu straffen und folgen einer eher liberalen Aufnahmepraxis. Als Bürgerrechts-  
408 partei sind wir die entschiedenen Verteidiger des Rechts der Flüchtlinge aus unsicheren Herkunftslän-  
409 dern, die politisch motivierter, religiöser, geschlechtsdiskriminierender, ... Verfolgung ausgesetzt sind, auf  
410 Asyl in Deutschland. Unser Ziel ist die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und Schaffung von so-  
411 zial durchmischten Kommunen.

412 Gleichzeitig erwarten wir von den nach Deutschland kommenden Asylbewerbern, die deutsche Sprache  
413 zu erlernen, die deutsche Verfassung zu achten und sich mit der Kultur und den Werten Deutschlands  
414 auseinanderzusetzen. Der Bildung von „Parallelgesellschaften“ wollen wir entgegenwirken.

415 Wir betreiben weiter Aufklärung gegenüber Ressentiments und gegenüber rechtem Denken. Menschen-  
416 rechte, auch von Flüchtlingen, sind für uns nicht verhandelbar. Gleichzeitig setzen wir uns für eine wech-  
417 selseitige Integration ein, die auch die Ängste der einheimischen Bevölkerung nicht vollständig ignorieren  
418 kann.

---

<sup>10</sup> A. W., DIE LINKE 2020 – Projekt für eine neue soziale Idee in einer digitalisierten Gesellschaft.

419 **3.6. Perspektiven für den ländlichen Raum<sup>11</sup>**

420 Besonderes Augenmerk müssen wir in den kommenden Jahren darauf legen, für die Regionen außerhalb  
421 der ganz großen Städte attraktive und realistische Politikangebote zu entwickeln.

422 Dabei wollen wir auf der Ebene der Landkreise mit an Zukunftskonzepten arbeiten, welche Perspektiven  
423 aufzeigen, uns aber auch in den Kommunen mit konkreten Vorstellungen und Vorschlägen einbringen. Im  
424 Mittelpunkt steht dabei für uns immer ein politischer Dialog mit den Menschen.

425 Im Besonderen setzen wir uns ein:

426 \* für die Vereinbarkeit von Tätigkeit und Leben im ländlichen Raum,

427 \* für regionale Wirtschaftskreisläufe und gegen die Niedriglohnstrategie der Landesregierung,

428 \* für die Erhaltung von Senioren- und Jugend(freizeit)einrichtungen sowie die Schaffung generationen-  
429 übergreifender Angebote,

430 \* für eine breite Informationspolitik, die die Menschen vor Ort einbezieht,

431 \* für Lösungen zur Bewältigung von Unternehmens- und Praxisnachfolgen.

432 Dafür bedarf es AkteurInnen vor Ort, auf deren Suche wir uns stärker begeben müssen, denn die ein-  
433 stimmig beschlossenen Personalentwicklungskonzepte waren nur bedingt fruchtbar. Innerparteilich brau-  
434 chen wir hier dezentrale Ansätze, um wieder politische AkteurInnen einzubinden, die auch in Zukunft DIE  
435 LINKE-Fahne in der Fläche hoch halten.

436 Wir sind diejenigen, die informieren, bürgernah Informationen aufbereiten und zur Verfügung stellen,  
437 kritisch hinterfragen. Wir sind diejenigen, die Menschen einbinden und mitnehmen.

438 Wir können uns vor Ort auf machbare Veränderungsprojekte konzentrieren – in den Bereichen Transpa-  
439 renz, BürgerInnenbeteiligung, bürgerschaftliche Projekte, Zukunft der Landkreise.

440

441 **IV. Zielperspektive 2019 für Sachsen**

442 (1) Wir betreiben eine intensive Gegneranalyse und streben nicht nur die Stärkung unserer Kernkompe-  
443 tenzen (Soziales!) und den Ausgleich unserer Schwächen an (mangelnde zugewiesene Wirtschaftskompe-  
444 tenz). Sondern wir wollen in Zukunft auch den politischen Gegner (CDU, AfD ...) und die ihm zugewiese-  
445 nen Kompetenzwerte analysieren und Kompetenzwerte des Gegners dort zerstören, wo es sich nur um  
446 eine Schein-Kompetenz handelt. Wir müssen (auch) fragen: Inwiefern ist die CDU Sachsens wirklich „ori-  
447 ginär sächsisch“? Sichert die CDU tatsächlich den Lebenswohlstand und die Zukunft der ländlichen Räu-  
448 me? Ist die CDU wirklich in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen kompetent (Landesbank-Desaster,  
449 Fördermittellaffären usw.)?

450 Wir wollen auch unsere eigenen fehlenden Images aufbauen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir  
451 fehlende Wirtschaftsorientierung /Wirtschaftskompetenz auf der einen Seite und Klassenorientierung/  
452 gewerkschaftliches Engagement bzw. Klassenorientierung (unsere soziale Basis) zusammenbringen. Pro-  
453 teste oder Streiks können der Reaktivierung eines alternativen Bewusstseins dienen, haben aber dort  
454 ihre klare und eindeutige Grenze, wo der Lebens- und Wirtschaftsstandort in Frage gestellt wird. Für uns  
455 als DIE LINKE Sachsen gilt: Soviel soziale Kämpfe wie nötig, soviel Sozialpartnerschaft zwischen Gewerk-  
456 schaften und Unternehmen wie möglich!

---

<sup>11</sup> Aus DIE LINKE. Sachsen, Landesvorstand, B 4 – 314, 1. Entwurf des Leitantrages an den 12. Landesparteitag der LINKEN Sachsen, S. 21-25 (wesentlich gekürzt).

457 (2) Ein Schwerpunkt unserer Arbeit in Sachsen wird weiter darin bestehen, gegen die Prekarisierung der  
458 Arbeits- und Lebensbedingungen zu protestieren. Wir sind und bleiben die Anti-Hartz-IV-Partei. Gute Löh-  
459 ne für gute Arbeit, eine gute Mindestabsicherung und gute Renten, das muss drin sein!

460 Wir sind und bleiben gegen Hartz IV. Und setzen uns für Gute Arbeit zu guten Löhnen ein!

461 Wir wollen hier insbesondere den Dialog zu den Betriebsräten und Belegschaften von Industriebetrieben  
462 suchen (Bsp. BMW und Porsche in Leipzig).

463 (3) Wir betreiben weiter Aufklärung gegenüber Ressentiments und gegenüber rechtes Denken. Men-  
464 schenrechte, auch von Flüchtlingen, sind für uns nicht verhandelbar. Gleichzeitig setzen wir uns für eine  
465 wechselseitige Integration ein, die auch die Ängste der einheimischen Bevölkerung nicht vollständig igno-  
466 rieren kann.

467 (4) Wenn DIE LINKE gesellschaftliche Veränderungen erreichen will, wird dies allein über parlamentari-  
468 sche Initiativen wohl nicht gelingen. Vielmehr muss es außerparlamentarischen Druck geben, der die  
469 Interessen relevanter Bevölkerungsgruppen artikuliert. Insofern muss DIE LINKE unter Wahrung ihrer  
470 Eigenständigkeit zum Bestandteil außerparlamentarischer Bewegungen werden, ohne daraus einen Füh-  
471 rungsanspruch abzuleiten. Erst dies ermöglicht es ihr, entsprechende Initiativen in die Parlamente zu  
472 tragen, um dort glaubhaft um Mehrheiten ringen zu können.

473 Selbstverständlich wird DIE LINKE sich nur an solchen außerparlamentarischen Bewegungen und Aktivi-  
474 täten beteiligen, die sich mit ihren Grundwerten, wie Friedenssicherung, soziale Gerechtigkeit, gleiche  
475 Bildungschancen für alle oder umfassende demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten vereinbaren. Hinge-  
476 gen werden wir auch künftig aktiven Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit, Kriegsverherrlichung, Ras-  
477 sismus oder jegliche andere Formen von Rechtsextremismus und Neofaschismus leisten.<sup>12</sup>

478 (5) Wir erarbeiten weiter an unseren Überlegungen, wie wir den demografischen Wandel bewältigen kön-  
479 nen. Wir überlegen, wie wir (Versorgungs- und Kommunikations-)Strukturen in ländlichen Räumen auf-  
480 rechterhalten können. Wir kämpfen weiter gegen den Ärztemangel im ländlichen Raum und setzen uns  
481 für regionale (gesundheitliche) Versorgungsstrukturen gerade im ländlichen Raum ein.

482 Wir nehmen uns vor, ein neues Alternatives Entwicklungskonzept zu erarbeiten bzw. ALEKSA 1 in diesem  
483 Sinne fortzuschreiben. Seit der Erarbeitung von Aleksa sind viele Jahre vergangen, Neues hat sich be-  
484 wegt, teils sind die alten Autoren nicht mal mehr in der sächsischen LINKEN aktiv. Gleichzeitig nutzen wir  
485 diese Debatte zu Diskussionen mit Fachleuten, Multiplikatoren unter Einbeziehung der Autoren von AL-  
486 KESA 1.

487 (6) Wir kämpfen für den Ausbau von Urbanität, Kreativität und die Vielfalt in den Städten. Hier geht es um  
488 Sozial- und Seniorenpolitik, um Kampf gegen Spießigkeit, um Perspektiven für die Jugend, um Gentrifizie-  
489 rung, gegen Mietwucher, ja auch um die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie die  
490 Sicherung von Lebens- und Wirtschaftsstandorten. Wir sind auf unsere Stadtverbände stolz und erwarten,  
491 dass sie entsprechende Kurz-Leitbilder erarbeiten und novellieren, wo es um kulturelle, soziale, ökonomi-  
492 sche und ökologische Fragen geht. Wir sind da: Für alle Generationen – für die Senioren wie für die Ju-  
493 gend! Für Spießer und für Kreative, Selbständige, für Künstler und für Lebenskünstler!!

494 **(7) Unser politisches Ziel für 2019 ist die Schaffung eines Mitte-Links-Bündnisses. Dieses sollte**  
495 **DIE LINKE, SPD und Grüne umfassen, aber nicht nur: Wir wissen, dass ein solches Bündnis ohne**  
496 **Unterstützungen aus Gewerkschaften, Kirchen, Bewegungen nicht stabil sein wird.** Gegner wer-  
497 den CDU, NPD, FDP und AfD sein, was vereinzelte Kompromisse und Zusammenarbeit mit der CDU in  
498 Einzel- und Grundsatzfragen (Kampf gegen Rechts z.B.) einschließen kann – dies stärkt unsere Anknüp-  
499 fungspunkte in der Mitte, wie unsere Zusammenarbeit mit ATTAC unser Profil bei Menschen stärkt, die  
500 grundlegende gesellschaftliche Veränderungen wollen. Gesellschaftliches Ziel ist ein Mitte-Unten-  
501 Bündnis, ein Bündnis der unteren und mittleren Schichten.

---

<sup>12</sup> DIE LINKE. Sachsen, Landesvorstand, B 4 – 314, 1. Entwurf des Leitantrages an den 12. Landesparteitag der LINKEN Sachsen, S. 27.

502 (8) Von einem reinen Links-Bündnis haben wir uns verabschiedet. Weder hätte dieses das Mandat der  
503 Bevölkerung, noch kann man gegen die Mitte (Mittelschichten in Gänze) Politik machen. Ohne Teile der  
504 Mitte oder der Mittelschichten, und das zeigen auch die Kommunalwahlen, haben wir keine Chance auf  
505 verändernde Mehrheiten – und zugleich kein Bevölkerungsmandat dafür. Gleichwohl ist für uns eine Mit-  
506 te-Links-Regierung eine Zwischenstation für grundsätzlichere gesellschaftliche Veränderungen, die wir  
507 nicht aus dem Auge verlieren wollen.

508 (9) Hinzu kommt, dass linke Denkansätze nur rudimentär ausgeprägt sind. Sei es darum, dieses „rudi-  
509 mentäre Pflänzchen“ müssen wir weiter „gießen“, dieses Alltagsbewusstsein müssen wir aufbauen und  
510 ausbauen, um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern zu können. Möglichkeiten der Gegenwehr  
511 gehören dazu, wo sie nicht den Lebens- und Wirtschaftsstandort zerstören. Gewalt, Terror und Zerstörung  
512 als Methoden lehnen wir ab.

513 Soziale Proteste sowie der Wille zur Gestaltung und zur Erarbeitung sachgemäßer Lösungen gehören  
514 zusammen. Die Vielfalt der Partei in ihren AG's und Plattformen ebenso, wenn an der Sache diskutiert  
515 und nicht Personalkämpfe via Strömungen durchgefochten werden.

516  *Bleiben wir als DIE LINKE. Sachsen kenntlich und kenntnisreich!*

### **Begründung:**

Irgendwann fiel mir der Entwurf zu einem Leitantrag in die Hand, der ein paar stilistische Brüche enthielt.

Entsprechend habe ich einen eigenen Entwurf zu einem Leitantrag verfasst, der wesentliche Erkenntnisse zur Wahlauswertung (Kahrs/Hoff) und wesentliche Beiträge zur Strategiedebatte (insbesondere von Trost u.a., meinen eigenen u.a.) aufgenommen hat. Aufgenommen wurden auch Textbausteine des anderen Leitantragsentwurfs, insbesondere das mich sehr ansprechende Kapitel zum ländlichen Raum. Das Papier bedeutet ausdrücklich keine Misstrauensbekundung zur Arbeit des Landesvorstands. Aber wenn man Streit über Grundgedanken möchte, können konkurrierende Antragstexte nicht schaden.

#### **Entscheidung des Parteitages**

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: \_\_\_\_\_

Stimmen dafür: \_\_\_\_\_ dagegen: \_\_\_\_\_ Enthaltungen: \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_